

18. Wahlperiode

---

## Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

**Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 2. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen des im Bau befindlichen Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt (BER) – Untersuchung II, eingesetzt per Einsetzungsbeschluss am 28. Juni 2018 (DS 18/1191) – nach § 2 Abs. 1 UntAG**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Untersuchungsauftrag im Fragenkomplex A. „Technik“ wird wie folgt erweitert:

- A.11. Welche Baumaßnahmen (Fertigstellung, Umbau) und Baufortschritte sind bis zur Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 2. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode am BER erfolgt?
- a) Welche Anlagen und Gebäude wurden auf ihre ordnungsgemäße Beschaffenheit, Betriebssicherheit und Wirksamkeit nach BauOBrdbg und BbgSGPrüfV von zuständigen Sachverständigen mit welchem Ergebnis geprüft? Bei welchen Anlagen stand eine Prüfung noch aus?
  - b) Wann, von wem und in welcher Form wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Aufsichtsrat, die Gremien des Aufsichtsrates, die Gesellschafter, die Öffentlichkeit, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, das Abgeordnetenhaus von Berlin und der Senat von Berlin über den jeweiligen Baufortschritt (Fertigstellung und Umbau) am BER sowie die Prüfungsvorgänge gemäß „A.11.a)“ seitens der FBB informiert?

- A.12. In welcher Form und mit welcher Vertragsgestaltung waren die baubegleitenden Tätigkeiten des TÜV Rheinland am Projekt ausgestaltet? Inwieweit ergaben sich Interessenkonflikte aufgrund der Tätigkeit des TÜV Rheinland als übergeordneter Sachverständiger?
- A.13. Inwiefern erfolgte seitens der Flughafengesellschaft eine Kommunikation (Gespräche, Schriftverkehr u.ä.) mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburgs sowie den Baubehörden Brandenburgs hinsichtlich einer Änderung von gesetzlichen Vorschriften, die im Zusammenhang mit der Planung und dem Bau des BER stehen und mit welchem Ergebnis?

Der Untersuchungsauftrag im Fragenkomplex C. „Kapazitätsplanung/Kapazitätserweiterung“ wird wie folgt erweitert:

- C.8. Wie gestalteten sich Planung, Auftragsvergabe, Baufortschritt und Kosten für die FBB hinsichtlich des Terminals „T2“ bis zur Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 2. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode?
- a) Woraus ergab sich die Erhöhung des Finanzbedarfs auf 200 Mio. Euro anstelle ursprünglich veranschlagter 100 Mio. Euro für Planung und Bau des Terminals „T2“?
  - b) Welche baulichen und planerischen Kriterien wurden dem Vergabeprozess und welche Zuschlagskriterien der Vergabeentscheidung zu Planung und Bau des Terminal „T2“ zugrunde gelegt?
  - c) Existierten zur Planung und Errichtung des Terminals „T2“ mit den Vertragspartnern Zielvereinbarungen betreffend einer Kosten- und Termineinhaltung und wenn ja, wie wurden diese im Detail ausgestaltet?
  - d) Wann, von wem und in welcher Form wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Aufsichtsrat, die Gremien des Aufsichtsrates, die Gesellschafter, die Öffentlichkeit, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, das Abgeordnetenhaus von Berlin und der Senat von Berlin über sämtliche vorgenannten Themenkomplexe aus Frage „C.8.“ seitens der FBB informiert?
- C.9. Wie und durch wen wurde der Nutzungsvertrag (inklusive Ergänzungsvereinbarungen) bezüglich des zukünftigen Regierungsflughafens am BER ausgestaltet? Welche Erkenntnisse hatte die FBB bezüglich der Kapazitätsplanungen am BER bei Vertragsabschluss?
- C.10. Inwieweit wurde seitens der FBB untersucht, ob eine dauerhafte oder verlängerte Nutzung des Interimsterminals als Regierungsflughafen am BER möglich ist und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Welche Verhandlungen gab es seitens der FBB oder deren Gesellschaftern mit dem Bund im Hinblick auf eine Nutzungsänderung des Interimsgeregierungsflughafens und mit welchem Inhalt?

Der Untersuchungsauftrag im Fragenkomplex D. „Inbetriebnahme/Verschiebungen/Termine“ wird wie folgt erweitert:

- D.9. Welche zeitlichen Zielvorgaben (Meilensteine, Projektplanungen, Zeitfenster für Bauvorhaben o.ä.) bestanden zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 2. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode im Hinblick auf die im Oktober 2020 geplante Inbetriebnahme des Flughafens „Willy Brandt“ (BER) und in welcher Weise waren diese Zielvorgaben mit den am Bau und der Planung der TGA beteiligten Unternehmen vertraglich fixiert? Wurden in Zielvereinbarungen Strafgebühren/Sanktionen für nicht eingehaltene Terminzusagen – individuell, durch Einbezug von eigenen AGB oder der VOB/B - vereinbart und im Falle des Verstoßes geltend gemacht?
- D.10. Aus welchen Gründen erfolgte der zum September 2018 vorgesehene Beginn der Wirkprinzip-Prüfungen für die sicherheitsrelevanten Anlagen am Fluggastterminal des BER nicht termingerecht?
- a) Welche Auswirkungen auf den Zeitplan zur Inbetriebnahme des BER haben sich daraus bis zur Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 2. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode ergeben?
- b) Wann, von wem und in welcher Form wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Aufsichtsrat, die Gremien des Aufsichtsrates, die Gesellschafter, die Öffentlichkeit, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, das Abgeordnetenhaus von Berlin und der Senat von Berlin hierüber seitens der FBB informiert?
- D.11. Wie und in welcher Form erfolgten seitens des TÜV-Rheinland Prüfungen und Begutachtungen von sicherheitsrelevanten Anlagen der TGA am Fluggastterminal des BER? Inwieweit und wenn ja, seit wann existiert eine Schematisierung nach annahmerelevanten und nicht abnahmerelevanten Mängeln?

Der Untersuchungsauftrag im Fragenkomplex E. „Personal/ Aufsichtsrat/ Kontrollfunktion des Landes Berlin“ wird wie folgt erweitert:

- E.7.c) Wann, durch wen und in welcher Form wurde der Auflösungsvertrag von Herrn Mühlendorf mit der Flughafengesellschaft verhandelt?
- E.13. Gab es Vorgaben der Gesellschafter, des Aufsichtsrats, dessen Gremien oder des Aufsichtsratsvorsitzenden im Hinblick auf Personalentscheidungen, Organisationsstruktur und Controlling der FBB?
- E.14. Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung und den Aufsichtsratsvorsitzenden seit 2014, insbesondere unter Berücksichtigung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Codex?

Der Untersuchungsauftrag im Fragenkomplex G. „Organisatorische Aufstellung der Flughafengesellschaft“ wird wie folgt erweitert:

- G.17. Welche Änderungen im Projektwesen des BER gab es bis zur Beschlussfassung des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Erweiterung des Untersuchungsauftrags des 2. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode?

Berlin, 2. April 2019

Dregger Evers Gräff  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

S. Czaja  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der FDP